

„Die Kirche ist für alle da, aber nicht für alles!“

Die Kirche(n) und ihre (Basis-)Gruppen sowie der besondere Umgang der Kirche(n) mit den Lesben- und Schwulengruppen (Arbeitskreise Homosexualität).

Hans-Jochen Tschiche

Vorwort

In diesem Vortrag sollen die Veränderungen in den evangelischen Landeskirchen der DDR beschrieben werden, die schließlich zur kritischen Solidarität mit den Gruppen für Frieden, Bürgerrechte, Emanzipation und eine gesunde Umwelt unter ihrem Dach geführt haben. Außerdem soll sichtbar werden, wo die Konfliktlinien zwischen Kirche, Staat und Gruppen verliefen. Dabei darf man nicht außer acht lassen, dass in den 80er Jahren niemand mit dem Verschwinden der DDR gerechnet hat.

Das Thema war zu DDR-Zeiten allein für die evangelischen Landeskirchen interessant. Die katholische Kirche sicherte fast ausschließlich ihre Organisation und den innerkirchlichen Betrieb. Sie versuchte möglichst konfliktfrei unter der SED-Herrschaft zu überdauern. Die emanzipatorischen Gruppen waren für sie in der Regel nur ein Störfaktor und die Lesben und Schwulen ein Gräuelfeld. Deshalb mochten die Verantwortlichen dieser Kirche diese Gruppen genauso wenig wie der Staatssicherheitsdienst. Die Freikirchen konzentrierten sich auf die individuelle Frömmigkeit und vermieden den Zusammenstoß mit der Staatsmacht. Nur in den evangelischen Kirchen gab es eine nennenswerte Anzahl von Amtsträgern und engagierten Christen, die sich in schwierigen Zeiten der Aufgabe der gesellschaftlichen Diakonie stellten.

Die Kirche im Kalten Krieg

1945 lag Deutschland in Trümmern. Die evangelischen Kirchen im Osten befanden sich im sowjetischen Machtbereich und bald bahnten sich heftige Auseinandersetzungen an. Der werdende Staat verstand sich als Verkünder des Marxismus-Leninismus¹. Für die Kirche war die brennende Frage, „wie sich die Christen ... in einem Gemeinwesen mit betont unchristlicher Führung zu verhalten haben.“² Für die meisten Kirchenführer war klar, dass sie diese Autorität nicht

¹ DDR Werden und Wirken. Berlin (Ost) 1974, S. 191. 1950 fand „der Prozess der Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht als eine Staatsmacht vom Typ der Diktatur des Proletariats im Wesentlichen seinen Abschluss“

² Wüst, Heidemarie [Hrsg]: Einsichten in Evangelische Akademiearbeit - Gründung und Entwicklung der Evangelischen Akademie in der Kirchenprovinz Sachsen und der Landeskirche Anhalt. Tagungstexte der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt Bd. 2, 1994. Dittrich, Johannes, bearbeitet Von Ulrike Krüger: 20 Jahre Evangelische Akademie – 20 Jahre diskutierte Zeitgeschichte, S. 73

anerkennen konnten. Bischof Otto Dibelius schrieb in einem Brief vom 20. April 1951: „In der östlichen Zone leben rund 20. Mio Menschen, von diesen gehören mehr als 9 Zehntel einer Kirche an. Die Kirche hat sie getauft auf das vor Gott abgegebene Versprechen, dass sie im christlichen Glauben erzogen werden sollen. Sie trägt die Verantwortung, dass das nun auch geschieht.“³ „Die Kirche wünscht keinen Kampf, aber sie fürchtet ihn nicht.“⁴ „Ein atheistischer Staat kann für die Christen niemals zu einer Heimat werden.“⁵ Das war eine offene Kampfansage. Als der Staat in den fünfziger Jahren die Jugendweihe durchsetzen wollte, hieß es unnachgiebig: „So sind die Leitungen aller Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zu der Erkenntnis gekommen, dass Jugendweihe und Konfirmation einander ausschließen.“⁶ Die kommunistischen Machthaber fühlten sich durch solche markigen Töne provoziert und in ihren alten Vorurteilen bestätigt, dass der Klerikalismus der Feind der Arbeiterbewegung sei. Der Kampf um die Jugend entbrannte heftig. „Die Tätigkeit der Pfarrer mit der Jugend verstärkt sich in der Zeit der Jugendweihe besonders.“⁷ Die Kirche verlor ihre flächendeckende Konfirmationsstruktur und die Jugendweihe ist 2005 in Ostdeutschland normal.

Auf der anderen Seite bemühten sich die Genossen intensiv, die kirchlichen Amtsträger zu diffamieren und die Jungen Gemeinden zu zerschlagen. Der Superintendent B. „versucht ... – und sicher nicht ohne Auftrag -, den christlichen Glauben zahlreicher Menschen zu missbrauchen, sie durch seine Hetze in die Irre zu führen und vom aktiven Kampf um den Frieden abzuhalten, an dessen Spitze die Sowjetunion steht“⁸. Der Pfarrer B. sei „ein Knecht der militaristischen klerikalen Reaktion, die von Westdeutschland aus den Bruderkrieg in Deutschland vorbereitet“⁹. Die Jungen Gemeinden waren das bevorzugte Ziel der Angriffe: „Junge Gemeinde – Terrororganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage im USA-Auftrag“¹⁰. „Jeder junge Christ, der sich von der reaktionäre Tätigkeit der

³ Kirchliches Jahrbuch für die evangelischen Kirchen in Deutschland 1950, 77. Jahrgang 1951 Gütersloh, S115

⁴ Ebenda S116

⁵ Kirchenarchiv der Kirchenprovinz Sachsen. Rep A generalis Nr. 7150, Offener Brief an Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl von Bischof Otto Dibelius vom 20.04.1959, S. 2

⁶ Ebenda S.3

⁷ LHASA MD Rep M 24 BDVP Magdeburg 1952-61 Nr. 262, S.63

⁸ Kirchenarchiv der Kirchenprovinz Sachsen. Rep A generalis Nr. 3448 A 921/52 S. 2

⁹ Kirchenarchiv der Kirchenprovinz Sachsen. Rep A generalis Nr. 3448 A 650/58 S. 1

¹⁰ Kirchliches Jahrbuch 1954. 80. Jahrgang 1954, S. 132

„Jungen Gemeinde“ abwendet und der Freien Deutschen Jugend beitrifft, schließt sich auch dem mächtigen Lager der friedliebenden Jugend der Welt an.“¹¹ Von Januar bis April 1953 verhaftete der SSD etwa 50 Geistliche, Laienhelfer und Diakone. 300 Oberschüler wurden wegen ihrer Zugehörigkeit zur Jungen Gemeinde relegiert.¹² Die evangelischen Bischöfe verwahrten sich im April 1953 scharf gegen dieses Vorgehen und nannten den Druck des Staates „unerträglich, unmenschlich und unverzeihlich“¹³. Erst mit dem Beschluss des Politbüros zum Neuen Kurs am 9. Juni 1953 hörten die schlimmsten Schikanen auf. Der Staat hatte in dieser Frage eine Niederlage hinnehmen müssen. Offenbar half die Brechstange nicht und die Genossen besannen sich auf eine andere Form der Bekämpfung der Kirche: Teile und herrsche. Die Christliche Friedenskonferenz und der Bund der evangelischen Pfarrer wurden als Gegengewicht zur angeblich westlich beherrschten Kirchenpolitik gegründet. Aber auch das wurde kein Erfolg, weil sie niemand in den Kirchen ernst nahm. Schließlich kreierte die Kirche in Thüringen den so genannten Thüringer Weg¹⁴, der die Möglichkeit eröffnen sollte, sich in der real existierenden DDR einzurichten und auch einer „wunderlichen Obrigkeit“¹⁵ Untertan zu sein. Säkularisation und Emanzipation hatten in diesem Versuch keinen Platz. Erst nach dem Bau der Mauer sollten sich neue Horizonte im kirchlichen Handeln erschließen.

Kirche für andere

Durch den Mauerbau am 13. August 1961 war die DDR-Bevölkerung von ihren Oberen zu Festungshaft mit gelegentlichem Ausgang verurteilt worden. Die Kirchen begriffen allmählich, dass sich das auch auf absehbare Zeit nicht ändern würde. Sie mussten sich von dem Traum verabschieden, dass „Thron und Altar“, nämlich Macht und Kirche eine unauflösbare Einheit sei, für die erbittert zu streiten war. Sie mussten begreifen, dass das kommunistische Reich von dieser Welt und nicht eine Ausgeburt der Hölle sei, in der das Böse und die Bösen herrschten. Sie sahen ein, dass nicht der Kampf gegen den atheistischen Staat ihre vorrangige Aufgabe sei, um ihn in der westlichen Republik aufzulösen. Sie hatten vielmehr für die Christen und für andere Teile der Bevölkerung zu streiten, damit diese in ihrer Menschenwürde und in ihrem Gewissen nicht beschädigt werden. Aus der

¹¹ A.a.O. [8] S. 3

¹² Weber, Hartmut: Kleine Geschichte der DDR. Köln 1980, S. 66

¹³ Ebenda S. 66

¹⁴ Schön, A.; Grund, Th.G.; Kulisch, U.W.; Petzold, U.; Zöller, H.K.; Schilling, W. [V.i.S.d.P.]: Die andere Geschichte. Matthias-Domaschk-Archiv Jena im Verein Künstler Für Andere / Leseladen. Halle/ Jena 1993, S. 6-8

¹⁵ 1. Petrus 2.18

Kirche im Kalten Krieg wurde sie eine Kirche für die anderen. Das hat damals schon dazu beigetragen, dass die emanzipatorischen Gruppen der 80er Jahre ein unbestrittener Teil des kirchlichen Handelns werden konnten. Auf drei Feldern will ich dieses Wirken der Kirche in den 60er Jahren beschreiben.

1.

Die pazifistischen Tendenzen unter jungen Menschen fanden im kirchlichen Reden und Handeln einen Widerhall. Dabei standen die Christen im Vordergrund, nur zögerlich setzte man sich auch für die Nichtchristen ein. Am 24.01.1962 beschloss die Volkskammer ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht. Es wurde mit den üblichen ideologischen Weihen versehen. Das Gesetz „entspricht dem Willen und der Entschlossenheit der Bürger der DDR zur Verteidigung der sozialistischen Heimat und dient der Erfüllung der ehrenvollen Pflicht, den Frieden, das sozialistische Vaterland und seine Errungenschaften zu schützen“¹⁶. Die Kirchen waren von dem klassenkämpferischen und heroisierenden Ton aufgeschreckt. Schon am 14.03.1962 erklärte die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen: „Es ist die einmütige Meinung der Christenheit, dass Krieg heute kein zu rechtfertigendes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele mehr darstellt. ... Die evangelische Kirche hat wiederholt auf ihren Synoden erklärt ..., dass sie sich ... für den Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen einsetzen will und hat ihre Pfarrer seit Jahren schon aufgerufen, an der Seite dieser Kriegsdienstverweigerer zu stehen.“¹⁷ Dabei schloss diese Formulierung die Begleitung von Nichtchristen nicht aus, richtete sich an alle und entsprach dem gesellschaftsdiakonischen Handeln für alle. Diese deutliche Position der Kirche bewog den Staat, der an einem neuen Kirchenkampf nicht interessiert war, nach einem Ausweg zu suchen. Es erschien daher am 10.09.1964 im Gesetzblatt der DDR eine Anordnung, die den waffenlosen Dienst in der NVA ermöglichte.¹⁸ Das entsprach zwar nicht den Erwartungen der Kirche, aber es war ein Kompromissignal. Für die Bausoldaten war diese Lösung oft beschwerlich und löste Gewissenskonflikte aus. Der Streit um den Zivildienst sollte erst in den 80er Jahren aufflammen. Für die Totalverweigerung gab es bisher in Deutschland noch keine Lösung. Die evangelischen Kirchen in der DDR taten damals noch ein übriges. Der Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Johannes Jänicke berief im Auftrag der Konferenz der Kirchenleitungen 1965 einen Arbeitskreis zusammen, der eine Handreichung zum Thema Wehrdienst erarbeiten sollte.¹⁹ Am 25.06.1965 lag der Text vor, sein Titel: Zum Friedensdienst der Kirche – Empfehlung des Arbeitskreises für Wehrpflichtige. Der Spitzensatz, der bei Staat und Kirche Furore

¹⁶ Meyer Neues Lexikon. Leipzig 1977, Bd. 15, S. 78. Vgl. Vom Sinn des Soldatseins – ein Ratgeber für Soldaten. Berlin 1981, 28. Auflage

¹⁷ Koch, U.; Escher, St. [Hrsg.]: Zähne hoch Kopf zusammenreißen. Kückenshagen 1994, S. 21/22

¹⁸ Gesetzblatt der DDR 1964. Berlin, 10.09.64, Teil I, Nr. 11, S. 129

¹⁹ Vgl. Rep A gen Nr. 5262. Handakte Schicketanz 1964-68

erzeugen sollte, behauptete, dass die Verweigerer und die Bausoldaten die „deutlicheren Zeugen für das gegenwärtige Friedensgebot unseres Herrn seien“²⁰. Dieser Satz schloss zwar den Dienst mit der Waffe für Christen nicht aus, aber er verlieh ihm einen leisen Makel. Der Staat reagierte erbost und bestellte den Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR ein und verlangte am 06.06.1966, dass die Handreichung zurückgezogen werden sollte. Am 22.08.1966 teilte die Kirchenleitung in Magdeburg ihren Mitarbeitern mit, dass die Konferenz der Kirchenleitungen dieser Aufforderung nicht nachkommen und die Handreichung nicht zurückgezogen werden würde.²¹ Allerdings unterschrieb der Bischof der Thüringischen Kirche den ablehnenden Brief an den Staat nicht und legte erneut Zeugnis für seinen Sonderweg der Anpassung ab. Aber auch alle anderen Kirchen haben die Herausgabe dieser Handreichung in die kirchliche Öffentlichkeit sehr erschwert.

2.

Ein anderer Vorgang zeigt, wie sich kirchliche Mitarbeiter unmittelbar in die öffentliche Diskussion um den Verfassungsentwurf der DDR von 1968 einbrachten. Am 01.12.1967 beschloss die Volkskammer, die Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung, die zur öffentlichen Debatte vorgelegt werden sollte. 35 Pfarrer aus der Altmark machten sich ans Werk, benannten ihre grundsätzlichen Bedenken und schlugen konkrete Veränderungen vor. Sie schrieben, dass sie „angesichts der Perfektionierung der Machtapparaturen für das unveräußerliche Recht und die Würde des Einzelnen eintreten“ würden. „Es erscheint uns fraglich, ob in dieser Verfassung das ideologische Postulat einer Minderheit, nämlich einer Partei, verankert werden kann.“²² Dabei verstanden sich die Amtsträger nicht als Feinde des sozialistischen Experimentes, aber sie wollten, dass die soziale Gerechtigkeit und die individuellen Freiheitsrechte in gleicher Weise durch die Verfassung abgesichert wurden. An diesem Beispiel wird ganz klar, dass die Unterzeichner sich für gesellschaftliche und nicht nur für kirchliche Belange einsetzten. Es ging ihnen nicht um die Bewahrung der eigenen Institution, sondern um eine menschenwürdige Gestaltung von Staat und Gesellschaft für alle. Den Autoren ist übrigens in der Folgezeit kein Freiheitsentzug widerfahren.

3.

1968 war das Jahr der großen Hoffnung und der tiefen Enttäuschung in der DDR. Der Prager Frühling versprach einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Die Truppen des Warschauer Paktes nahmen diese Hoffnung unter ihre Panzerketten. Nur wenige Bürgerinnen und Bürger der DDR widersprachen öffentlich. Wenn sie es wagten, verschwanden sie im Gefängnis. Aber es gab auch noch andere

²⁰ A.a.O. [17], S. 41/42

²¹ Rep A gen. Handakte OKR Preisler. Friedensdienst der Christen Bd.2

²² LHASA MD Rep P13, Nr. IVB-2/14/979, S. 71

Erfahrungen. So teilte ein Pfarrer z.B. ihren Widerspruch, aber nicht ihr Schicksal. Er erklärte öffentlich, dass die westlichen und die östlichen Systeme sich nach diesen Erfahrungen zur Bedrohung für die Menschheit ausgewachsen hätten. Sie wären unfähig, den Frieden im nuklearen Zeitalter zu bewahren. Man müsse diese Systeme von unten her verändern und Sand im Getriebe sein. Diese Aussage überschritt die Toleranzgrenze von Staat und Kirche. Der Staat wollte den Pfarrer aus seiner Region weg haben. Sein kirchlicher Vorgesetzter empfahl der Kirchenleitung, man solle beim nächsten Gespräch mit dem Staat „nochmals in dezenter Weise auf gewisse psychopathische Veranlagungen“ hinweisen.²³ Hier deutet sich der *modus vivendi* zwischen Staat und Kirche an. Die Kirche durfte sich partielle Kritik leisten, aber sie durfte niemals grundsätzlich die politische Praxis des real existierenden Sozialismus in Frage stellen. Diese Gratwanderung begleitete das künftige Handeln der Kirche und zeigte ihren Weg zwischen Widerspruch und Anpassung auf.

Kirche im Sozialismus

Anfang der 60er Jahre war diese Gratwanderung noch lange nicht erreicht. Der Staat und seine Sicherheitsbehörden hielten an ihrer finsternen Feindseeligkeit fest. Auf einer zentralen Tagung des Ministeriums für Staatssicherheit für seine Mitarbeiter in den Bezirken hieß es: „Die in Westdeutschland und Westberlin vorhandenen politisch-klerikalen Zentren versuchen in verstärktem Maße – und das im besonderen nach dem 13.08.1961 – kirchliche Einrichtungen, ganze kirchliche Institutionen beider Konfessionen und Personen für die Ziele der westdeutschen Nato-Kirche einzusetzen und zu mißbrauchen.“²⁴ Die evangelische Hauskreisarbeit, die in dieser Zeit entstand und die Mündigkeit der Christen durch einen Dialog über die Fragen der Zeit und des Lebens fördern sollte, wurde in besonderer Weise beargwöhnt. „In diesen Hauskreisen wurden solche Kräfte zusammengefasst, die das Ziel verfolgen, die Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR gewaltsam zu beseitigen. Das sind z.B. ehemalige faschistische Offiziere, Angehörige von Spezialverbänden der faschistischen Wehrmacht und faschistischen Organisationen, wie der NSDAP und der SS. Das sind weiterhin ehemalige Besitzer von Betrieben und Grund und Boden, die in der DDR enteignet wurden. Weiterhin haben sich in diesen Hauskreisen Intellektuelle zusammengeschlossen, die aufgrund ihrer Erziehung der DDR ablehnend gegenüber stehen.“²⁵ Nun ist sicher nicht zu bestreiten, dass sich zu kirchlichen Veranstaltungen viele Angehörige des untergegangenen NS-Staates und des in der DDR zerschlagenen Bürgertums einfanden. Aber diese Verschwörungs-

²³ Rep A gen. Nr. 3640 40/69

²⁴ BStU, Archiv der Außenstelle Magdeburg. MfSBV Magdeburg, Abteilung XX. Nr. 2747, S. 92

²⁵ Ebenda S. 5

theorien entstammten in dieser Fülle dem Verfolgungs- und Bedrohungswahn kommunistischer Diktaturen. Allerdings machten es auch die Kirchen den kommunistischen Herrschern nicht leicht, Vertrauen zu fassen. Die Isolierung, die der evangelische Bischof von Thüringen Moritz Mitzenheim wegen seiner besonderen Kirchenpolitik durch die anderen Bischöfe erfuhr, verstärkte diesen Eindruck. Die Sicherheitsleute wussten zu berichten: „Hauptstoßrichtung der politisch-klerikalen Kräfte richtet sich gegen die loyalen Kräfte der evangelischen Kirche, die sich in der DDR unter der Führung von Bischof Mitzenheim in einer breiten Oppositionsbewegung organisiert haben“²⁶.

Die evangelischen Kirchen wehren sich lange gegen ihre organisatorische Ankunft in der DDR. Die Erklärung der in Fürstenwalde vom 02. bis 07.04.1967 versammelten ostdeutschen Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EkiD) – gleichzeitig tagten die westdeutschen Synodalen in Berlin-Spandau – ist ein beredtes Zeugnis für diese Haltung: „Die Einheit der evangelischen Kirche in Deutschland besteht durch Gottes Gnaden noch immer.“²⁷ „Wir evangelischen Christen in der DDR haben also keinen Grund, die Gemeinschaft der evangelischen Kirchen in der EkiD zu zerschneiden.“²⁸ Diese Überzeugung versuchten die Verantwortlichen durch ein Kirchengesetz zu befestigen. Es heißt dort: „Wenn die Synode sich nicht an einem Ort versammeln kann, so können sich die Synodalen an verschiedenen Orten gleichzeitig versammeln.“²⁹

Als die Bundesrepublik Deutschland unter Bundeskanzler Willy Brandt die neue Ostpolitik einleitete und die Entspannung zum politischen Programm erhoben wurde, blieb das nicht ohne Konsequenzen für die Politik der beiden deutschen Teilstaaten. Die ostdeutschen Ideologen mussten ihren Anhängern klar machen, warum sie sich auf dieses Angebot einließen. Der ideologische Schlüsselbegriff wurde die „Friedliche Koexistenz“. Sie sei „Prinzip und Politik des friedlichen Nebeneinanders von Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung“ und damit „ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes um den Frieden“³⁰. „Auf dem Gebiet der Ideologie jedoch kann es keine Kompromisse geben, keine Vermittlung von sozialistischer und bürgerlicher Auseinandersetzung.“³¹ „Zwischen der DDR und der BRD kann es keinerlei ‚innerdeutsche‘ sondern nur völkerrechtliche Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz geben.“³²

²⁶ Ebenda S. 3/4

²⁷ Kirchliches Jahrbuch 1967. Gütersloh 1968, S. 29

²⁸ Ebenda S. 28

²⁹ Ebenda S. 31

³⁰ Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin 1973, S. 244

³¹ Ebenda S. 243

³² Ebenda S. 244

Im Vorfeld des Stimmungsumschwunges der westdeutschen Politik änderte sich auch das Verhalten der evangelischen Kirche. Der staatliche Druck in der DDR tat ein Übriges. Am 15.02.1968 formulieren die DDR-Bischöfe in einem Brief an Walter Ulbricht: „Als Staatsbürger der DDR und als Christen gehen wir davon aus, dass nach dem durch deutsche Schuld begonnen Krieg nun auf dem Boden der deutschen Nation zwei deutsche Staaten bestehen. Als Staatsbürger eines sozialistischen Staates sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen.“³³ Dieses Zitat war nicht nur die Formel einer Ortsbestimmung sondern doch schon ein klares Bekenntnis zum sozialistischen Staat. Im Sommer 1969 war es dann so weit. Am 10. Juni 1969 wurde der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR gegründet. Die Staatsmacht musste jetzt hoch zufrieden sein. Am Ende dieser Geschichte stand das Treffen zwischen dem Generalsekretär der SED Erich Honecker und dem Vorstand der Konferenz der Kirchenleitungen am 06.03.1978. Im Zentralorgan der SED konnte man am nächsten Tag die roten und die schwarzen Herren friedlich lachend beieinander sehen.

Es liegt mir fern, das Verhalten der Bischöfe zu diffamieren. Vor allem, angesichts der bedrängten Lage der Christen in der DDR, die sich mannigfaltigen Benachteiligungen und Bedrängnissen ausgesetzt sahen, musste eine Verständigungsebene gefunden werden. Es gab die berechtigte Hoffnung, im Ernstfall Einzelnen Erleichterung zu verschaffen. Aber dieser Tag ist auch kein Anlass zur Selbstbeweihräucherung der Akteure, schließlich hatten sie beim Staat und der SED der Eindruck erweckt, sie würden ihnen grundsätzlich zustimmen und nur im Einzelfall widersprechen. Noch sprach keiner von den Trümmern des Konzeptes der Kirche im Sozialismus, wie es Friedrich Schorlemmer dann auf der Bundessynode vom 19. bis 22. September 1987 tun sollte. 1978 nahm man die Praxis und das Prinzip der Abgrenzung hin und noch auf der Bundessynode 1987 gab es keine Mehrheit für die Ablehnung dieses Prinzips.³⁴

Kirche für den Frieden

Ausgerechnet in der Friedensfrage geraten die evangelischen Kirchen der DDR mit der Staatsmacht in einen großen Dauerkonflikt. Zwar verkündigen seine Ideologen unentwegt: „Sozialismus und Frieden sind wesenseins“³⁵, aber bald nach dem Treffen der Vertreter beider Seiten im März 1978 trieb die Regierung die Militarisierung der Gesellschaft weiter voran. Ab 01.09.1978 wurde der Wehrunterricht mit Waffenausbildung in der Schule eingeführt. Der Protest der

³³ Kirchliches Jahrbuch 1968. Gütersloh 1970, S. 181

³⁴ Besier, G.; Woll, St. [Hrsg.]: Pfarrer, Christen und Katholiken – Das MfS der ehemaligen DDR und die Kirchen. S.51

³⁵ Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag der SED (Berlin –Ost), S. 22

Konferenz der Kirchenleitungen vom 14. Juni 1978 half wenig. Eigentlich musste den Kirchen klar gewesen sein, dass der Pazifismus im Osten von den Mächtigen zu allen Zeiten als Werkzeug des Klassenfeindes betrachtet wurde. Da waren sich die Funktionäre der SED und der Blockparteien einig. In einer Schulungslektion der CDU hieß es schon 1961: „Wer sich in Westdeutschland dem Kriegsdienst entzieht, schwächt die imperialistischen Kriegskräfte, wer sich aber unseren Verteidigungsmaßnahmen zu entziehen sucht, schwächt den Frieden“³⁶. Trotzdem versuchten der Bischof Albrecht Schönherr und der Kirchenmann Manfred Stolpe zum Wehrunterricht geltend zu machen, „daß im Alter der Kinder eine Fixierung auf das Freund-Feind-Denken und die Gewöhnung an Gewalt als Mittel der Konfliktlösung unangemessen sei. Die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR würde Schaden nehmen“³⁷. Aber es war wie ein Reden gegen die Wand. Die Kommunisten hatten sich längst festgelegt und ließen aller Welt wissen: „Natürlich ist auch ein gerechter Krieg Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln. Ebenso wie die Marxisten-Leninisten gegenüber der Gewalt jeden abstrakt-moralischen Standpunkt verwerfen und zwischen reaktionärer und revolutionärer Gewalt unterscheiden, so tun sie das auch gegenüber dem besonderen Falle der Gewaltanwendung im Krieg.“³⁸ Und der Armeegeneral Heinz Hoffmann redet Klartext: „Wir teilen die Auffassung also nicht ... im Atomzeitalter sei ein gerechter Krieg nicht mehr möglich, und der Raketenkernwaffenkrieg wäre auch keine Fortsetzung der kämpfenden Klasse mehr sondern nur atomares Inferno, Weltuntergang.“³⁹ Die Kirchen reagierten angesichts dieser Situation mit einer Kompromisshaltung, die sie auch bei den folgenden Konfliktfeldern einnehmen sollten. Sie stellten ihren generellen Widerspruch hinten an und versuchten, das Gewissensbedrängnis der einzelnen zu beschützen. Sie begnügten sich mit der Zusage vom Staatssekretär Klaus Gysi, dass verweigernde Kinder nicht benachteiligt würden und Verweigerung lediglich vermerkt würde.⁴⁰ Die Kirchen mieden den grundsätzlichen Widerspruch. „Wir haben eine Position, wir sind aber keine Opposition“⁴¹, sagte der Bischof Christoph Stier 1985 in Schwerin.

Man kann mit Fug und Recht sagen, dass die 80er Jahre zum Höhepunkt einer sozialen Bewegung in der DDR wurden, die ohne den kirchlichen Hintergrund nicht möglich gewesen wäre. Neben den Friedensgruppen entstanden in schneller Folge die Ökologie-, 2/3-Welt-, Menschenrechts- und Frauengruppen, sowie die

³⁶ Eisenfeld, B.: Kriegsdienstverweigerung in der DDR ein Friedensdienst? Genesis, Befragung, Analyse. Frankfurt/ M.; 1978, S. 34

³⁷ Neubert, E.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989. Berlin 2. Auflage 1988, S. 306

³⁸ Schelle, W.; Kiesling, G.: Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit. Berlin (Ost) 1981, S. 20

³⁹ Hoffmann, H.: Sozialistische Landesverteidigung. Aus Reden und Aufsätzen. 1974 – Juni 1978, Berlin (Ost) 1979, S. 221

⁴⁰ Bei „Frieden konkret III“ 1985 in Schwerin, schriftlich nicht fixiert

⁴¹ A.a.O. [37], S. 307

Schwulen- und Lesbengruppen. Es war keine machtvolle Bewegung, trotzdem fühlte sich der Staat bedroht und versuchte die Kirchenleitungen für seine Interessen zu instrumentalisieren. Die Kirche befand sich in einer schwierigen Lage. Einerseits teilten ihre Leitungen mehrheitlich die Überzeugungen in den Gruppen und wurden daher als feindlich-negativ vom MfS eingeschätzt. Andererseits aber war die Kirche nicht nur für die Aufmüpfigen da. Die Ängstlichen und die Eingeschüchterten waren die Mehrheit in den Kirchengemeinden. Und es ist nur zu verständlich, dass die Verantwortlichen das Schutzdach für die Schwachen erhalten wollten. Deshalb wirkte ihr Auftreten manchmal missverständlich. Außerdem stimmt es natürlich, dass manche Bischöfe die Politisierung und Vernetzung der Gruppen für ein leichtfertiges Allotria hielten. SO kann man den Ausspruch, der Bischof Werner Leich aus Thüringen zugeschrieben wird, verstehen: „Die Kirche ist für Alle da, aber nicht für Alles“.

Die ehemaligen Bausoldaten hatten schon 1971/ 72 auf Initiative von Hans-Jörg Weigel das Königswalder Friedensseminar ins Leben gerufen⁴², aber 1980 nahm in Ost und West die Friedensbewegung Fahrt auf. Die Sowjetunion hatte in Europa ihre atomaren Mittelstreckenraketen aufgestellt und bedrohten damit ganz Westeuropa. Das löste am 12.12.1979 den Nato-Doppelbeschluss aus. Sie wollte nachrüsten und bodengestützte Mittelstreckenraketen auch in der Bundesrepublik aufstellen, beim gleichzeitigen Angebot an die UdSSR, bis zum Beginn der geplanten Aufstellung Ende 1983 über den Abbau der sowjetischen SS20 zu verhandeln. Im November 1980 erschien in der westdeutschen Öffentlichkeit der „Krefelder Appell“, der zum Widerstand gegen den Nachrüstungsbeschluss der Nato aufrief und zum Aufbruchssignal für die westdeutsche Friedensbewegung wurde. Der Osten war nicht in ihrem Blickfeld. Nur eine Minderheit, z.B. Petra Kelly oder Heinrich Alberts, haben die gleichzeitig im Osten entstehende kirchliche Friedensbewegung unterstützt und ihre Demokratisierungsforderung mit getragen.⁴³ Im Westen gingen Hunderttausende auf die Straßen, im Osten ein paar Tausende in die Kirchen. Trotzdem reagierte die Staatsmacht sehr nervös. Schon die Friedendekade, die im November 1980 erstmalig stattfand, und ihr Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ setzte den Staatsapparat in Gang⁴⁴. Durch eine Reihe von Initiativen kirchlicher Mitarbeiter und christlicher Bürgerinnen und Bürger fühlte sich die Staatsmacht provoziert. Dabei wurde die Konfliktlinie sichtbar, die zwischen den Trägern solcher Initiativen und der Kirchenleitungen in den Auseinandersetzungen mit dem Staat aufbrach. An vier Beispielen soll das erörtert werden:

⁴² Brockhaus-Enzyklopädie. Mannheim 1991, Bd. 15, S. 367

⁴³ A.a.O. [37], S. 478

⁴⁴ A.a.O. [37], S. 398 f

1. Der Dresdener Pfarrer Christoph Wonneberger nahm die Idee des nicht militärischen Ersatzdienstes, die 1964 nicht zum Zuge kam, wieder auf. Er kündigte in seinem Pfarrkonvent im September 1980 an, dass er eine entsprechende Initiative plane. Dieser Soziale Friedensdienst (SoFD) sollte durch ein Gesetz in der Volkskammer legalisiert werden. Dieser Vorschlag wurde in die Herbstsynode der Landeskirche Sachsen eingebracht. Aber sie übernahm die Initiative nicht und überwies sie in den sozial-ethischen Ausschuss und gab sie zur Stellungnahme an den Ausschuss „Kirche und Gesellschaft“ des Bundes der evangelischen Kirchen nach Berlin. Als Wonneberger merkte, dass über die kirchlichen Kanäle nichts lief, schickte er einen überarbeiteten Entwurf als Kettenbrief ins Land mit der Bitte, ihn an die zuständigen Synoden zu schicken. Mindestens tausend Menschen wurden erreicht. Der Staat reagierte scharf: „Die Regelung mit den Bausoldaten hat sich bei uns voll bewährt und wir sehen keinen Grund, davon abzugehen. Wer mit dieser Stellungnahme des Staates nicht einverstanden ist, zeigt damit, dass es ihn um die Konfrontation geht.“⁴⁵ Der Kirchenbund bemühte sich um Vermittlung und bewertete das Anliegen positiv. Als die Kirche nicht nachließ, schickte die Partei ihren Genossen Werner Walde, 1. Sekretär der Bezirksleitung Cottbus, vor und ließ ihn Tacheles reden. Dieser Aufruf sei „friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindlich“⁴⁶. Der Leiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt schrieb daraufhin in einem offenen Brief im Dezember 1981: „An unserer Welt ist etwas verkehrt. Alle Rhetorik und alle Dialektik hilft nicht, es stimmt etwas nicht. Es ist richtig, sich am militärischen Drohritual nicht zu beteiligen. Es ist verkehrt, das kriminell zu nennen. Es ist die Liebe zum Menschen, die hier spricht, nicht der Feind.“⁴⁷ Der Vorstand der evangelischen Kirchen in der DDR resignierte. Im Januar 1982 erklärte ihr Vorsitzender Bischof Werner Krusche: „Es kommt jetzt darauf an, die Gesprächslage zu überdenken. Demonstrative Aktionen helfen in unserer Situation nicht weiter.“⁴⁸ Am 2. Februar 1982 erschien der Staatssekretär Klaus Gysi bei der Kirchenleitung in Dresden und wiederholte das staatliche Missfallen. Christoph Wonneberger war schon im Laufe des Januars mehrmals in das kirchliche Landesamt einbestellt worden. Nach diesem Besuch erhielt er einen Brief vom Kirchenamt, in dem ihm mitgeteilt wurde, wenn er seine Aktivitäten nicht einstellen würde, dann müsse er mit disziplinarischen Maßnahmen der Kirche rechnen. Christoph Wonneberger war tief verletzt⁴⁹.

⁴⁵ Gysi, K. (Staatssekretär für Kirchenfragen): Auszug aus einem Vortrag vor der Sektion Theologie der Humboldt-Universität am 12.10.1981 in Berlin. EPD Dokumentation 51/1981, S. 56

⁴⁶ ND, 21./22.11.1984. EPD Dokumentation 8/1982, S. 40

⁴⁷ BStU MfSBV Magdeburg Abt. XX ZMA 2847 S. 000114

⁴⁸ Bericht über die Ausführung von Aufträgen der Synode des Bundes, gehalten von Bischof Dr. Werner Krusche. EPD Dokumentation 8/1982 S. 3f

⁴⁹ A.a.O. [37], S. 394

2. „Es ist fünf vor zwölf. Der selbstmörderische Rüstungswettlauf des letzten Jahres hat die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung in Europa so groß wie nie zuvor werden lassen“⁵⁰, so begann im September 1981 ein Brief von Rainer Eppelmann an Erich Honecker. Am 25. Januar 1982 erschien der von Robert Havemann und Rainer Eppelmann verfasste „Berliner Appell“. Seine Unterzeile lautete: „Frieden schaffen ohne Waffen“ und darum hieß es im zweiten Punkt: „Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen, und als erstes: Fort mit den Atomwaffen. Ganz Europa muss zu einer atomwaffenfreien Zone werden.“⁵¹ Etwa 80 Personen waren als Erstunterzeichner ausgewiesen. Das Ministerium für Staatssicherheit ließ am 09.02.1982 Rainer Eppelmann verhaften. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet. Nach drei Tagen war er wieder frei, denn die westliche Öffentlichkeit hatte reagiert. Am Tag nach der Verhaftung gab es ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär Klaus Gysi und Manfred Stolpe. Davon wurde ein Protokoll angefertigt und darin folgendes festgehalten: „Stolpe erklärte, dass der Bischof Forck und er selbst gegen die Aktivitäten des Pfarrers Eppelmann seien. ... Sie gehen davon aus, dass es kein Appell der Kirche ist, sondern eine Privatangelegenheit. ... Es wäre gut, keine Märtyrer zu schaffen. ... Stolpe sagte, dass die Kirche sich andernfalls vor den ‚Menschen‘ Eppelmann stellen müsse. Sie müsse sich dann auch seiner Familie zuwenden und gegebenenfalls Fürbitte halten.“⁵² Das war listig eingefädelt und hieß im Klartext: Wir disziplinieren unseren Eppelmann selber, dafür sperrt ihr ihn nicht ein und erspart euch den Ärger mit dem Märtyrer. Ansonsten distanzierte sich die Brandenburger Kirchenleitung klar: „Der Appell zeichnet zugleich ein Zerrbild der politisch Verantwortlichen. Er arbeitet mit Unterstellungen, für die es in der Nachfolge Christi keinen Raum geben darf. Die Kirchenleitung rät nachdrücklich von einer Beteiligung an der Sammlung von Unterschriften ab, weil dadurch Mißverständnisse und Gefährdungen hervorgerufen werden, die das notwendige sachliche Gespräch nicht fördern.“⁵³ Eppelmann war also nicht in der Nachfolge Christi, er blieb aber trotzdem im Amt. Die Frage ist nur, ob das wegen des „Menschen“ Eppelmann geschah oder aus Furcht vor einem Eklat im Westen.

⁵⁰ Die Tageszeitung vom 24.09.1982

⁵¹ Eppelmann, R.: Berliner Appell. EPD Dokumentation 8/1982, S. 73

⁵² Eppelmann, R.: Fremd im eigenen Haus – mein Leben im anderen Deutschland. Köln 1993, S. 203

⁵³ Büschner, W.; Wensierski, P.; Wolschner, K. [Hrsg.]: Friedensbewegung in der DDR – Texte 1978 –1982. Hattingen 1982, S. 283

3. Im September 1981 schickte der Leiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt unter seiner Privatadresse an seine Schwestern und Brüder im Pfarramt einen Brief.

Er schrieb: „Es treten Menschen aus verschiedenen Gruppierungen der Bevölkerung in der DDR an die Kirche heran mit der Bitte, sich über einen bloßen ‚Resolutionismus‘ hinaus für konkrete Friedensschritte einzusetzen, die signalhaft unser aller Besorgnis deutlich machen und den Teufelskreis von Angst und Ohnmachtsgefühlen überschreiten. Aus mancherlei Gründen – aus politischen Erwägungen und traditionellen Prägungen – ist nicht zu erwarten, dass die Gesamtkirche in der DDR sich mit dieser Aufgabe mit der Radikalität annimmt, wie unsere DDR-Realität das erfordert. ... Ich schlage daher vor, dass wir eine Bruderschaft von Laien und kirchlichen Mitarbeitern bilden, die sich unter dem Motto ‚Frieden konkret‘ zusammenfinden.“⁵⁴ Er nennt Ort und Datum für die Gründung und schließt ahnungsvoll mit dem Gruß: „In bangender Hoffnung“. Seine Ahnungen sollten sich bestätigen. Alle 900 Briefe wurden beschlagnahmt und das MfS setzte den Genossen Steinbach vom Rat des Bezirkes in Magdeburg in Marsch. Ihm wurden die einzelnen Forderungen und Drohungen vorgegeben:

1. Die Kirche soll den Übeltäter zur Verantwortung ziehen.
2. Der Staat halte sich weitere Maßnahmen vor.

Daraufhin wurde der Konsistorialpräsident Martin Kramer am 30.10.1981 einbestellt und mit der Briefaktion konfrontiert. Kramer erklärte, dass er auf keinen Fall diese Aktion billige. Er werde wegen der Schwere des Vorganges den Vorsitzenden des Kuratoriums der Akademie unterrichten, dabei solle auch die Abberufung des Leiters erörtert werden. Zusätzlich bekräftigte Kramer, dass der Bischof Dr. Werner Krusche auf der Herbstsynode verschiedentlich Störaktionen, die das Verhältnis von Staat und Kirche betreffen, zurückgewiesen habe und sich darin mit den Synodalen einig sei.⁵⁵ Der Konsistorialpräsident versuchte mit diesen Auslassungen die Wogen zu glätten und den Staat zu beruhigen. Am 3.11.1981 berichten die Genossen von der Stasi wütend, dass Kramer gar nicht daran dächte, sein Versprechen zu halten. Alles, was er gesagt habe, sei pure Hinhaltetaktik. Er wolle sich im Januar mit dem Stellvertreter des Bischofs und dem Akademiepfarrer „über die Bruderschaft beraten und alles so organisieren, dass seitens des Staatsapparates kein Einspruch mehr sein kann.“⁵⁶ Abweichend von den ersten beiden Fällen lassen sich die Verantwortlichen in der Kirchenprovinz Sachsen nicht zu Sanktionen drängen. Allerdings versuchen Sie dann doch im Jahre 1984 den Störfaktor zu entschärfen und empfehlen dem Leiter, sich um eine andere Pfarrstelle zu kümmern.

⁵⁴ A.a.O. [47], S. 000113

⁵⁵ A.a.O. [47], S. 000128

⁵⁶ A.a.O. [47], S. 000129

4. Seit 1983 tagten die Delegierten der Gruppen jährlich im Februar/ März an einem Ort in einer evangelischen Kirche der DDR. Das Unternehmen hatte den Namen „Frieden konkret“ erhalten und wurde von etwa 150 Leuten regelmäßig besucht. Das MfS versuchte Einfluss zu gewinnen und das ganze Unternehmen mit den Hilfstruppen der christlichen Friedenskonferenz, mit dem Einsatz von IM's und mit dem Druck auf die Verantwortlichen in der Kirche zu domestizieren. Am Beispiel von der Tagung in Stendal vom 28.02. bis 02.03.1986 soll dieses Vorgehen beschrieben werden. Im Vorfeld versuchte das MfS, auf den Bischof Dr. Christoph Demke und den Konsistorialpräsidenten Martin Kramer in soweit Einfluss auszuüben, dass sie die Verantwortung für das Treffen übernehmen. Die Sicherheitsbeamten redeten natürlich nicht direkt mit den Kirchenmännern, sondern schickten die Staatsfunktionäre vor. Vom Probst in Stendal erhielten diese Herren die Zusicherung, dass er für den störungsfreien Verlauf sorgen wolle, „insbesondere unter dem Aspekt für den 1986 in Stendal vorgesehenen Kirchentag keine Belastung zwischen Staat und Kirche aufkommen zu lassen“⁵⁷. Trotzdem kam es fast zu einem Eklat. Der IM „Karin Lenz“ berichtete am 04.03.1986 auf einem Treffen in Berlin von einer Eingabe, die an den Volkskammerpräsidenten gerichtet werden sollte. Darin würde Beschwerde geführt, dass die Friedensbewegten an Reisen in das sozialistische Ausland gehindert würden⁵⁸. Wolfgang Schnur, der juristische Berater von „Frieden konkret“ hatte versucht, das zu verhindern. Heute wundert das niemand mehr, schließlich war er ein wichtiger IM. Die Stasi stellte dann fest: „In intensiver Auseinandersetzung zwischen den politisch-negativen Kräften, den Einfluss nehmenden kirchenleitenden Kräften und den positiven/ loyalen Kräften aus der Christlichen Friedenskonferenz konnte nur verhindert werden, dass der Brief direkt und mit beabsichtigter Unterschriftensammlung an den Volkskammerpräsidenten geschickt wurde und die Kirchenleitung Magdeburg mit der Maßgabe beauftragt wurde, dieses Dokument den staatlichen Organen zugänglich zu machen. Damit war zwar die unmittelbare politische Provokation verhindert, aber die beabsichtigte politisch-negative Aktion von den Verfechtern einer ‚unabhängigen Friedensbewegung‘ nur zum Teil verhindert.“⁵⁹ Und an anderer Stelle wird positiv erwähnt, dass sich kirchenleitende Personen verantwortungsbewusst um die Verhinderung der Konfrontation von Staat und Kirche und um die Disziplinierung politisch negativer Personen bemüht haben.⁶⁰ Die Genossen vom MfS haben sich die Welt schön geredet. Ihre Erfüllungsgehilfen waren die Kirchenmänner nicht.

⁵⁷ BStU MfS Zentralarchiv XX ZMA 1999 (6) S. 000018

⁵⁸ A.a.O. [57], S. 000044

⁵⁹ A.a.O. [57], S. 000056

⁶⁰ A.a.O. [57], S. 000067

Aber sie fürchteten, dass die direkte Absendung dieses Briefes eine nachhaltige Störung des Klimas hervorrufen und zur unmittelbaren Gefährdung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Seminar führen könnte. Wenn auch die Beschwerde zu recht bestände, meinten sie, wäre es unklug, den Staat öffentlich vorzuführen.

Kirche und eine umstrittene Minderheit

In dem neuen Strafgesetzbuch der DDR von 1968 fiel der berüchtigte §175 weg. Die strafrechtliche Diffamierung der Homosexuellen hatte damit in der DDR ein Ende. Aber gesellschaftlich blieb sie und war allenthalben zu spüren. Die kirchliche Einstellung zu diesen Menschen ist bis heute höchst umstritten. In den „Zeitzeichen“ Nr. 10/2005 werden auf S.26 bis S.43 Ausführungen über die Sexualität gemacht. Darunter ist der Artikel von Christel Ruth Vonhold, der den unglaublichen Untertitel trägt: „Warum Homosexualität Sünde ist“. Dass eine angesehene kirchliche Zeitschrift der Diffamierung der Homosexuellen ein öffentliches Forum gibt, ist sehr erschreckend, auch wenn daneben ein weiterer Artikel mit der entgegengesetzten Meinung vertreten ist. Die Verfasserin meint: „Der ganze Mensch ... ist nach 1. Mose 1,27 erst männliches und weibliches Geschöpf gemeinsam. ... Wenn diese Einzigartigkeit der Zusammengehörigkeit und aufeinander Verwiesenheit von männlichem und weiblichem Geschöpf in unserer Welt nicht mehr sichtbar wird, zum Beispiel, indem wir homosexuelle Lebensweisen in der Kirche gutheißen, verletzen wir das Bild des Menschen und Verdunkeln dadurch das Bild Gottes auf der Erde. ... Nach dem eindeutigen Gesamtzeugnis der Heiligen Schrift kann die Nachfolge Jesu deshalb nur in treuer Ehe zwischen Mann und Frau oder in sexueller Enthaltsamkeit gelebt werden. ... Homosexuelles Verhalten ist nur eine von zahlreichen Sünden. Für uns alle gilt im gleichen Maße: Umkehr ist möglich.“⁶¹

Niemand muss sich also wundern, dass das Thema auch in den 80er Jahren in den DDR-Kirchen heiß umstritten war. Der bekennende Schwule wurde z.B. im Einzelfall zum Pfarrer ordiniert, wenn er sein Schwulsein nicht demonstrativ in Öffentlichkeit auslebte. Eine grundsätzliche Zulassung aller Betroffenen zum Pfarramt wurde nicht einmal in Erwägung gezogen. Auch die oppositionelle Bewegung, die bei „Frieden konkret“ sich versammelte, nahm die Schwulen und Lesben als emanzipatorische Bewegung und als potentielle Partner erst sehr spät wahr. Erst 1988 wurde in Cottbus klar, dass diese Gruppen natürlich zu diesem Treffen eingeladen werden mussten. Allerdings öffneten die Stadtmissionen ihre Türen für diese Arbeitskreise und stellten ihnen Räume zur Begegnung zur

⁶¹ Zeitzeichen 10/2005, S.33f

Verfügung. In einer gemeinsamen Einladung der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, der Männerarbeit der Kirchenprovinz und der Stadtmission Magdeburg-Homosexuellenarbeit zeigte sich, wie hoch immer noch die Ängste der Homosexuellen waren. Die Einlader versicherten: „Auf Wunsch werden Anmeldungen vertraulich behandelt bzw. anonym entgegengenommen.“⁶² Die Tagung hatten den Titel: „Integration aber wie? – Fortgesetzte Versuche zur Verständigung“. Die Einlader ließen wissen, dass eine intensive Begegnung zwischen den Hetero- und Homosexuellen notwendig wäre, damit die Ghettoisierung ein Ende habe. Offenbar ist das eine Aufgabe geblieben, die uns auch heute gestellt bleibt.

⁶² Einladung zur Tagung am 26.09.1987 in Magdeburg, Privatarchiv Tschiche